

v. Taubinger, László M.

Article — Digitized Version

Die Entwicklung der ungarischen Industrie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: v. Taubinger, László M. (1955) : Die Entwicklung der ungarischen Industrie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 6, pp. 350-352

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132104>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

nen die Sozialisten einer weiteren Ausdehnung der Staatswirtschaft mehr geneigt zu sein. Sicher ist man sich auch bei ihnen darüber im klaren, daß eine Pauschalübernahme des ganzen Komplexes in das Eigentum der öffentlichen Hand unmöglich und gar nicht wünschenswert ist, nicht zuletzt deshalb, weil es als zweifelhaft erscheinen muß, ob der Staat allein die notwendigen, für die Investitionen erforderlichen Kapitalien aufbringen kann. Aber auch der private inländische Kapitalmarkt ist in Österreich stark begrenzt. Die Hereinnahme ausländischen Kapitals wird daher erneut und im verstärkten Ausmaß aktuell. Wenn man auch die Abdeckung der Warenschulden aus außerordentlichen Budgetmitteln zu bewerkstelligen hofft, so bleibt nach wie vor die Frage offen, ob dies nicht auf Kosten anderer Investitionen gehen muß, die seit längerer Zeit diskutiert werden. Dazu gehören z. B. der Bau der Autobahn Wien—Salzburg, die Errichtung eines modernen Flughafens in Schwechat, die weitere Elektrifizierung der Bundesbahnen usw. Die knappe Kapitaldecke wird daher in den nächsten Jahren besonders stark zu spüren sein.

DEISENBILANZ

Die größten Sorgen jedoch machen die Auswirkungen auf die Devisenbilanz. Die österreichische Handelsbilanz hat sich im letzten halben Jahr bedeutend verschlechtert, und Passivsaldo sind in einer Höhe entstanden, die auch nicht durch die recht bedeutenden Fremdenverkehrseinnahmen ausgeglichen werden können. Die Förderung der österreichischen Exporte ist daher besonders akut geworden. Der Abzug der Besatzungstruppen bringt nun eine weitere empfindliche Verschlechterung der Zahlungsbilanz mit sich. Zwar sind die bisherigen Zahlungen der Besatzungsmächte, insbesondere der Amerikaner, noch nicht der Öffentlichkeit mitgeteilt worden, jedoch bietet der von der Österreichischen Nationalbank veröffentlichte Posten „Eingänge, sonstige Dienstleistungen“ einen gewissen Anhaltspunkt. Sie werden in der Höhe von 2,242 Mill. S ausgewiesen und dürften hauptsächlich aus Zahlungen der Besatzungsmächte bestehen.

BUNDESHEER

Die Bestimmungen über die Begrenzung der österreichischen Streitkräfte auf die ursprünglich vorgesehenen 53 000 Mann sind gefallen. Trotzdem dürfte der weggestrichene Artikel mehr oder weniger theo-

retische Bedeutung haben, insoweit er — als eine Souveränitätsbeschränkung — beseitigt werden konnte. Österreich wird sich in der nächsten Zukunft keine kostspieligen Ausgaben für ein Bundesheer leisten können. Insbesondere das kommende Jahr dürfte budgetmäßig für das Bundesheer nicht viel bereitstellen können. Auf lange Sicht werden natürlich auch hier größere Lasten nicht zu umgehen sein, falls die bewaffnete Neutralität kein Schlagwort bleiben soll. Es erscheint aber derzeit müßig, sich über die Aufwendungen auf lange Sicht besonders den Kopf zu zerbrechen.

AKTIVPOSTEN

Die wirtschaftlich positiven Seiten des Staatsvertrages sind vor allem:

1. Österreich wird über den Komplex der USIA-Betriebe verfügen. Die Steuerleistungen dieser Unternehmen, die bisher dem Staate vorenthalten wurden, fließen nun wieder den Staatskassen zu, wenn sie auch anfangs nicht sehr beträchtlich sein werden. Die bisher unter Umgehung der Zollgesetze aus dem Osten ins Land gebrachten Waren, die von den Detailhandelsbetrieben der USIA vertrieben wurden, werden nunmehr erfaßt werden können.

Der Komplex der USIA-Betriebe kann in die Struktur der österreichischen Wirtschaft eingebaut werden.

2. Der Abzug der Besatzung wird zweifellos eine Belebung des Fremdenverkehrs mit sich bringen, insbesondere im östlichen Teil Österreichs, der bisher stark gelitten hat. Erhöhte Fremdenverkehrseinnahmen können daher erwartet werden. Dazu kommt, daß eine beträchtliche Anzahl von Hotels frei werden, die als Gästeunterkunft gleichzeitig zur Verfügung stehen.

3. Ein freies Österreich ist im weitaus höheren Maß attraktiv für das dringend benötigte Auslandskapital.

4. Die größte Chance, die Österreich nunmehr als freies Land besitzt, liegt in der Reaktivierung des Osthandels. Seiner Geschichte und Struktur nach war das Land stets ein wichtiger Mittler im Handel zwischen Ost und West und hat seine eigene Industrie im hohen Maße auf den Export nach dem Osten ausgerichtet. Wenn es gelingt, diesen vollkommen darniederliegenden Warenaustausch nur einigermaßen wieder in Gang zu setzen (was man derzeit allerdings mit größter Skepsis beurteilt), dann können viele schwierige Fragen leicht lösbar sein.

Die Entwicklung der ungarischen Industrie

Dr. László M. v. Taubinger, Arosa

Die Entwicklung der modernen ungarischen Industrie ging in drei Phasen vor sich und war von den weltpolitischen Ereignissen stets stark beeinflusst. Die erste Periode begann Ende des vorigen Jahrhunderts und dauerte bis 1918, als die Österreich-Ungarische Monarchie zerfiel und die Wirtschaftseinheit des Donauraumes durch die Pariser Friedensverträge von 1919 zersplittert wurde. Damals bildete sich in Ungarn eine hauptsächlich landwirtschaftliche Indu-

strie, die der integrierten Wirtschaftsstruktur der Donaumonarchie entsprach. Nur in der Umgebung von Budapest, Miskolc, und in den nördlichen und östlichen Grenzgebieten des Landes war eine junge Schwerindustrie im Entstehen, die aber verglichen mit der österreichischen und böhmischen ziemlich unbedeutend war. Dagegen stärkte der ungarische Bergbau das Wirtschaftspotential des Habsburgerreiches mit wichtigen Rohstoffen.

Nach dem Zerfall der Doppelmonarchie verlor Ungarn 71,4 % seines historischen Staatsgebietes. Dies änderte die Wirtschaftsstruktur von Grund auf. Rumpfungarn, wo im Jahre 1930 93 Menschen auf einem Quadratkilometer wohnten, verlor seine an Gruben und Industrierohstoffen reichsten Gebiete. Um den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu vermeiden, entschlossen sich die ungarischen Regierungen nach 1918 zu einer bewußten Industrialisierungspolitik, die sie den spezifischen ungarischen Verhältnissen und den natürlichen Gegebenheiten des Landes anpaßten. Durch den neuen politischen Status verlor aber die landwirtschaftliche Industrie Ungarns ihre bisherigen natürlichen Absatzgebiete und war plötzlich überdimensioniert. Mehrere Betriebe mußten ihre Produktion einstellen, andere sahen sich gezwungen, ihr Produktionsprogramm völlig umzustellen. In diesen Zeiten wurde die auf ausländischen Rohstoffen basierende, moderne ungarische Industrie geboren, die bald eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben des Landes spielte. Durch die verstärkte Industrialisierung verwandelte sich Ungarn in wenigen Jahren von einem Agrarland in ein Agrar-Industrieland und konnte das Problem der nach 1918 drohenden Arbeitslosigkeit lösen und den Lebensstandard seiner Bevölkerung wesentlich erhöhen.

Als produktionsfördernde Faktoren können wir bei der raschen Entwicklung der ungarischen Industrie den Überschuß an Arbeitskraft und den regen Unternehmungsgeist erwähnen. Was das Kapital betrifft, war die Lage wesentlich ungünstiger, und man konnte von einem ausgesprochenen Kapitalmangel sprechen, der durch Eigenfinanzierung und ausländische Investitionen überbrückt werden sollte. Ähnliche Schwierigkeiten bestanden auch auf dem Gebiet der Energie- und Rohstoffversorgung.

Durch den Verlust seiner Berglandschaft wurde Ungarn nach 1918 ein an Rohstoffen sehr armes Land. Nur fünf Agrarprodukte konnten seinen Industriebedarf decken, nämlich Pflanzenöl, Flachs, Hanf, Wolle und Seide. Die Kohlenförderung konnte den Eigenbedarf nicht decken. An Eisenerzen mußte das Doppelte der ungarischen Eisenerzgewinnung eingeführt werden. Buntmetalle, Gummi, Hüttenkoks, Baumwolle und verschiedene andere wichtige Rohstoffe wurden hundertprozentig aus dem Import gedeckt. Bedeutend für die ungarische Volkswirtschaft waren nur die reichen Bauxitlager und Ölfelder, mit deren Ausbeutung kurz vor dem zweiten Weltkrieg begonnen wurde. Die Industrialisierung des Landes war damals nur möglich, indem die aus politischen Gründen notwendig gewordene Agrarreform vorläufig zurückgestellt wurde, denn Ungarn hätte nach dem ersten Weltkrieg eine großangelegte Bodenreform ohne schwerwiegende Folgen für seine Volkswirtschaft nicht ertragen können. Zur Unterbringung des Arbeiterüberschusses und zur Modernisierung der Landwirtschaft mußte erst eine gesunde Basis geschaffen werden. Die Wirtschaftspolitik Ungarns zwischen den beiden Weltkriegen war deshalb einerseits durch einen Agrarkonservatismus und andererseits durch eine verantwortungsbewußte Industrialisierung charakterisiert.

Von 1918 bis 1945 beglich Ungarn die zur Durchführung seines Industrialisierungsprogramms notwendigen Rohstoffimporte hauptsächlich durch seine bedeutenden Agrarexporte. Die Rolle der Landwirtschaft innerhalb der ungarischen Volkswirtschaft war deshalb von großer Bedeutung. In den Jahren zwischen 1930 und 1938 machten die landwirtschaftlichen Erzeugnisse durchschnittlich 60 % des ungarischen Exports aus. Vom Import entfielen dagegen nur 57,1 % der Gesamteinfuhr auf industrielle Rohstoffe und Halbzeug. Die Exporte der industriellen Erzeugnisse Ungarns stiegen nach der Weltwirtschaftskrise von Jahr zu Jahr und fanden nicht nur in Südosteuropa und im Nahen Osten, sondern auch auf den westeuropäischen Märkten Absatz. Das Land erzielte besonders auf dem Gebiet der Textilindustrie, der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Lebensmittelindustrie vielversprechende Erfolge. 1938 machte die Beteiligung der Industrie an der Gesamtausfuhr schon 40 % aus.

Durch die systematische Industrialisierung wurde das ökonomische Gleichgewicht Vorkriegsungarns bewahrt, und dies trug viel zur Festigung der Wirtschaftsstabilität des Landes bei. Bald konnte dann mit der Modernisierung der Landwirtschaft begonnen werden. Die Regierung hatte im Jahre 1938 ein auf zehn Jahre berechnetes Agrarprogramm ausgearbeitet, in dessen Rahmen unter anderem die schrittweise und fachgemäße Durchführung einer notwendig gewordenen Bodenreform geplant war. Dieses Programm konnte jedoch wegen Ausbruchs des zweiten Weltkrieges nicht mehr verwirklicht werden.

Die Ereignisse nach 1945 riefen in der Wirtschaftsstruktur Ungarns große Änderungen hervor. Das Land wurde 1944 zum Kriegsschauplatz, und die blutigen Kämpfe zerstörten seine Industrie zu 38 %. Die darauf folgende Besetzung durch die Sowjetunion führte zur Bolschewisierung des Staates. Politisch und wirtschaftlich wurde das nach außen hin selbständige Land in den sowjetischen Machtbereich eingebaut und seine Wirtschaftspolitik unter Außerachtlassung der spezifischen ungarischen Interessen der sowjetischen untergeordnet.

Diese neue Periode wurde mit einer übereilten und den politischen Zielen der Kommunisten dienenden Bodenreform eingeleitet. Im Jahr 1947 wurde dann ein Dreijahresplan für den Wiederaufbau der zerstörten ungarischen Industrie ausgearbeitet und begonnen, für den 6 585 Mill. Forint bereitgestellt wurden. Im Rahmen dieses Programms erfolgte dann die Sozialisierung der ungarischen Volkswirtschaft. Am 26. März 1948 wurden zunächst alle Betriebe mit über 100 Beschäftigten verstaatlicht. Im Dezember 1949 folgte auch die Verstaatlichung der Betriebe mit über 10 Arbeitern. Außerdem sind das ganze Bank- und Finanzwesen, der Außenhandel und 92 % des Kleinhandels bis 1950 verstaatlicht worden. Während des Dreijahresplans wurde die Industrie Ungarns nicht nur wieder aufgebaut und sozialisiert, sondern es begann auch ihre strukturelle Umgestaltung. Das Hauptgewicht legte das Regime auf die rasche Entwicklung

der modernen Schwerindustrie. Die von der Bodenreform zerstörte Landwirtschaft erhielt während des Dreijahresplans nur geringe staatliche Unterstützung, so daß ihre Produktionskapazität immer tiefer sank. Dieselbe Politik verfolgte das Regime in der darauffolgenden Planperiode.

Im Rahmen des 1950 angelaufenen Fünfjahresplans verwendete man 46,7% des Investitionsbetrages von 67 Mrd. Forint, also insgesamt 31,2 Mrd. Forint für die Industrie, für die Landwirtschaft dagegen nur 13,4% (= 9,2 Mrd. Forint). Man vernachlässigte die Weiterentwicklung der Leichtindustrie dabei völlig. So wurden im Fünfjahresplan von den industriellen Investitionen 27,3 Mrd. der Schwerindustrie und nur 3,9 Mrd. Forint der Leichtindustrie zugeführt. Der ursprüngliche Investitionsbetrag von 50 Mrd. wurde 1951 auf 85 Mrd. Forint erhöht, und es war vorgesehen, daß die Industrieproduktion bis Ende 1954 das Fünffache von 1938 erreichen sollte. Dies hätte eine Werterhöhung der Industrieproduktion von 13,5 Mrd. Forint auf 68,9 Mrd. Forint (nach Werten vom 1. 1. 47) bedeutet. Es war aber schon im Jahre 1953 offensichtlich, daß der Fünfjahresplan in dieser Form undurchführbar sein würde, da bis dahin nur 40 Mrd. investiert worden waren und die Produktion auch stark unter den Planzielen zurückgeblieben war. Aus diesem Grunde sah sich das Regime gezwungen, seinen irrational ausgearbeiteten Fünfjahresplan noch einmal zu revidieren und das vorgesehene Produktionsoll der Industrie auf 48,7 Mrd. Forint herabzusetzen. Wie aus den am 8. Mai 1955 veröffentlichten Daten des Zentralen statistischen Amtes in Budapest hervorgeht, konnte auch der reduzierte Plan nicht ganz erfüllt werden. Wie sich jetzt herausgestellt hat, wurden definitiv 67 Mrd. Forint investiert, 75 neue Großbetriebe errichtet und mehrere hundert Industrieanlagen vergrößert.

Da die von den Kommunisten veröffentlichten Produktionsdaten sehr unzuverlässig sind und sich oft widersprechen, können diese nur als ungefähre Leitzahlen bei der Untersuchung der Produktionserhöhung betrachtet werden. Aus der folgenden Zusammenstellung kann man sich trotzdem ein ungefähres Bild über die Entwicklung einiger wichtiger Industriezweige Ungarns seit der Wirtschaftskrise machen. Die Daten stammen für die Jahre 1932 und 1938 aus den ungarischen Statistischen Jahrbüchern, für 1949 und 1954 aus Veröffentlichungen des gegenwärtigen Regimes.

Produktionsergebnisse der Industrie und des Bergbaus (in 1000 t)

Position	1932	1938	1949	1954
Kohlenförderung	6 826	9 348	11 800	22 000
Eisenerzförderung	1,8	106,0	199,3	255,6
Roheisen	66,0	334,8	398,0	817,0
Rohstahl	180,0	664,5	860,0	1 492,0
Walzstahl			471	851
Zement	197,0	401,6	552,0	1 100,0 ¹⁾
Papier	28,0	51,9	71,0	105,0 ¹⁾
Bauxitförderung	111,6	540,7	680,3	1 380,0
Aluminium		1,5	16,8	35,2
Erdöl		42,7	497,0	1 218,0
Elektrizität (in Mrd. kWh)	0,68	1,06	2,50	4,80

¹⁾ Planziele, nähere Produktionsdaten unbekannt.

Zwar liegen die Produktionsziffern für das Jahr 1954 stark unter den Planzielen, doch ist die Produktions-

steigerung seit 1938 so bedeutend, daß sie die Wirtschaftsstruktur des Landes völlig veränderte. Auf dem Gebiet des Maschinenbaus, der heute an der Gesamtindustrieproduktion des Landes mit 28% beteiligt ist, zeigt sich seit 1949 eine Steigerung um 267%. Große Fortschritte konnten auch in der chemischen Industrie erzielt werden, die heute fast dreimal soviel produziert wie im Jahre 1949. Sehr bedeutend ist auch die Entwicklung in der Bauindustrie, die ihre Produktion seit 1949 um 169% erhöhte und fast ausschließlich für staatliche Aufträge arbeitet. Im Rahmen der ungarischen Industrie kam es jedoch durch die einseitige Bevorzugung der Schwerindustrie zu folgensweren Disproportionen. Die Entwicklung der Leicht- und Lebensmittelindustrie blieb zurück, und die vor dem Krieg so blühende Kleinindustrie des Landes wurde fast völlig vernichtet.

Eine weitere Folge der einseitigen Industrialisierungspolitik war die Beanspruchung sämtlicher Arbeitskraftreserven durch die Schwerindustrie, die der Landwirtschaft allein über 230 000 Arbeiter entzog, ohne daß die landwirtschaftlichen Betriebe erst modernisiert worden wären. Durch die unzureichenden Investitionen, die der Fünfjahresplan der Landwirtschaft zugute kommen ließ, und durch die Arbeitskraftverluste kam es in diesem wichtigen Wirtschaftssektor zu einer ernsten Produktionssenkung. Die Lebensmittelversorgung des Landes kann aus eigenen Mitteln heute nicht gesichert werden, um so weniger als die Bevölkerung seit 1938 von 9,08 Mill. auf rund 9,75 Mill. gewachsen ist. Aus dem einstigen Agrarexportland wurde durch die kommunistische Wirtschaftspolitik ein Agrarimportgebiet, in dem eine überdimensionierte Schwerindustrie dominiert, die den Staat infolge der wachsenden Produktionskosten, sinkender Arbeitsproduktivität und der unrationellen Betriebsführung jährlich Millionen kostet.

Eine Änderung dieses Kurses scheint aber nicht beabsichtigt zu sein. Die Schwerindustrie bleibt weiterhin im Vordergrund der Wirtschaftspolitik. Das diesjährige Staatsbudget sieht Investitionen in Höhe von rund 9 Mrd. Forint vor. Davon werden 34,4% der Schwer- und nur 8,7% der Leichtindustrie zugute kommen. Der Gesamtindustrie fallen also von den diesjährigen Investitionen 43,1% zu, der Landwirtschaft hingegen nur 26,2%. Auch der Volkswirtschaftsplan für 1955 sieht eine Erhöhung der Industrieproduktion um 5,7% gegenüber 1954 vor. Der Kohlenbergbau soll 4%, die Hüttenindustrie 4% und die Energiewirtschaft 10% mehr produzieren als im vergangenen Jahr.

Es ist für die gegenwärtige Wirtschaftslage Ungarns charakteristisch, daß trotz der erhöhten Industrieproduktion, die heute am ungarischen Nationaleinkommen mit fast 64% beteiligt ist, das Lohnniveau der Bevölkerung unter dem von 1938 liegt. Die Gründe dafür sind unter anderem darin zu suchen, daß das für Ungarn notwendige Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie zerstört worden ist. So müssen die Ausgaben für die notwendigen Rohstoffimporte heute größtenteils mit dem Export von Industriewaren gedeckt werden, deren Herstellungskosten zu hoch liegen, oder mit Agrarproduktion, die dem inländischen Markt entzogen werden.